

BUNDESAMT FÜR AUSSENWIRTSCHAFT

821 balt.-bal/lem/tho

Bern, 9. Oktober 1991

Notiz

Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Schweiz und den baltischen Staaten 30.9.-5.10.1991

Geht an: Herrn Direktor F. Blankart

Kopie an: gemäss Verteiler am Ende

1. Zweck und Rahmen der Reise

Die kurzfristig beschlossene Mission¹ bezweckte, mit den baltischen Staaten auch auf wirtschaftlichem Gebiet offiziell den Dialog aufzunehmen und konkrete Zeichen der schweizerischen Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der baltischen Reformbestrebungen zu setzen. In Anbetracht des enormen Bedarfs dieser Länder an ausländischen Investitionen sollten zum einen Verhandlungen über den Abschluss von Investitionsschutzabkommen aufgenommen werden. Zum andern ging es darum, sich an Ort und Stelle mit den Bedürfnissen dieser Länder vertraut zu machen und ihre vordringlichen Wünsche nach schweizerischen Hilfeleistungen zu eruieren.

Die gesteckten Ziele sind voll erreicht worden. In eigentlichen Parforce-Übungen ist es mit allen drei baltischen Staaten gelungen, Investitionsschutzabkommen auszuhandeln und zu paraphieren. Ferner konnten mit Regierungsmitgliedern und hochrangigen Beamten² eingehende Gespräche über die Wirtschaftslage und die Bedürfnisse der einzelnen Länder geführt und auf deren Wünsche nach schweizerischer Unterstützung konkret eingegangen werden. Die baltischen Behörden haben es ausserordentlich geschätzt, dass die Schweiz - im

-
1. Neben dem Unterzeichneten umfasste die schweizerische Delegation die Herren R. Lempen und L. Ribeli
 2. Wichtigste Gesprächspartner:
 - Estland: E. Terk, stv. Wirtschaftsminister; E. Roose, stv. Finanzminister; M. Pilv, Generaldirektor, Leiter des Staatsdepartementes für Aussenwirtschaftsbeziehungen (Leiter der ISA-Verhandlungsdelegation); A. Kirikal, stv. Generaldirektor des Staatsdepartementes für Aussenwirtschaftsbeziehungen.
 - Lettland: N. Virsis, stv. Aussenminister; M. Gailis, Generaldirektor, Leiter des Staatsdepartementes für Aussenwirtschaftsbeziehungen; J. Kanels, stv. Generaldirektor (Leiter der ISA-Verhandlungsdelegation); M. Mikelsons, Berater des Finanzministers.
 - Litauen: R. Grizas, stv. Aussenminister (Leiter der ISA-Verhandlungsdelegation); Sekmokas, stv. Wirtschaftsminister; E. Zukauskas, Vizepräsident der litauischen Zentralbank; D. Jurgelevicius, Leiter der Abteilung für internationale Verträge im Aussenministerium.

Gegensatz zu den vielen Länderdelegationen, die sich derzeit im Baltikum umsehen - derart rasch zu echten Wirtschaftsverhandlungen Hand bot. Die erfolgreiche Durchführung des Unternehmens, das organisatorisch und logistisch einige Probleme bot, wäre ohne die ausgezeichnete Vorbereitung durch unsere Botschaft in Stockholm nicht möglich gewesen.

2. Paraphierung dreier Investitionsschutzabkommen

Die rasche Aushandlung von Investitionsschutzabkommen war nur möglich, weil unsere jeweiligen baltischen Gesprächspartner, die bisher noch keine solchen Abkommen abgeschlossen haben, zu intensiven Verhandlungen bereit waren und mit Entschlossenheit den Abschluss suchten. Angesichts der erst zum Teil vorliegenden investitionsrelevanten Gesetzgebungen messen die baltischen Behörden diesen Abkommen, die den ausländischen Investoren die nationalen Rahmenbedingungen staatsvertraglich absichern, grösste Bedeutung bei. In der Substanz standen namentlich gewisse Definitionsfragen, die Transferregelung und die Staat-Investor-Schiedsgerichtsbarkeit zur Diskussion. Die schliesslich getroffenen Lösungen beinhalten, mit Ausnahme der Streitbeilegung, keine materiellen Abweichungen von unserem Mustertext. Die Regelung für die Staat-Investor-Schiedsgerichtsbarkeit sieht eine Ad-hoc-Schiedsgerichtsbarkeit vor, an deren Stelle automatisch die Bestimmungen der Washingtoner Konvention (CIRDI) treten, sobald der jeweilige baltische Vertragspartner dieser Konvention beigetreten sein wird.

Alle drei baltischen Staaten äusserten den Wunsch nach einer baldigen Unterzeichnung der Abkommen, vorzugsweise im Rahmen ministerieller Besuche in der Schweiz.

3. Probleme der Wirtschaftsreform

Die von unseren Gesprächspartnern an den Tag gelegte Reformwilligkeit und Zuversicht darf nicht über die enormen Probleme, denen die baltischen Staaten gegenüberstehen, hinwegtäuschen. Dazu einige Stichworte:

- Die politische Unabhängigkeit steht in scharfem Gegensatz zur fehlenden wirtschaftlichen Eigenständigkeit. Die baltischen Volkswirtschaften sind noch voll in die sowjetische Wirtschaft integriert. Sie sind nicht nur hinsichtlich Beschaffung von Rohstoffen, Energieträgern und Halbfabrikaten sehr stark von der Sowjetunion resp. deren Republiken abhängig. Auch ihre Erzeugnisse, hauptsächlich qualitativ hochwertige Fertigprodukte und Halbfabrikate, werden weitgehend dort abgesetzt. Als Folge dieser engen Vernetzung überträgt sich auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise in der Sowjetunion unmittelbar auf die baltischen Staaten.
- Die wirtschaftliche Abhängigkeit macht auch die währungspolitische Loslösung der baltischen Staaten von der Sowjetunion schwierig. Wohl bestehen teils fortgeschrittene Pläne für die Einführung eigener Währungen, doch dürfte wohl noch für einige

Zeit der Rubel als offizielles Zahlungsmittel gelten, womit der Kaufkraftzerfall der sowjetischen Währung die baltischen Volkswirtschaften vorläufig weiterhin in Mitleidenschaft zieht.

- Die baltischen Staaten stehen nicht nur vor einem wirtschaftlichen Neuanfang, auch die staatlichen Institutionen und politischen Strukturen sind neu aufzubauen. So verfügt beispielsweise noch keiner dieser Staaten über eine eigene Verfassung. Die staatliche Neuordnung lässt einigen Zündstoff erahnen. Zu denken ist an die Minoritätenfrage (Estland und Lettland mit zwischen 40 - 50% Russen, Litauen mit 9% Russen und 8% Polen), aber auch an Einwanderungs- und Grenzprobleme.

Angesichts dieser vielfältigen Herausforderungen könnte man annehmen, die baltischen Staaten würden unter sich eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit anstreben. Vorläufig besteht indessen lediglich ein Plan zur Schaffung einer Zollunion, dem übrigens vorab Litauen mit wenig Begeisterung zugestimmt haben soll. Die erst jüngst gewonnene politische Unabhängigkeit setzt offenbar diesen Ländern vorläufig noch psychologische Grenzen für ein näheres Zusammenrücken. Dass für die fragliche Zurückhaltung noch weitere Faktoren (historische Entwicklung, geographisch bedingte Sonderbeziehungen zu Nachbarländern, verschiedene Sprachen und Religionen) eine Rolle spielen, sei hier lediglich nebenbei erwähnt.

4. Chancen der künftigen Entwicklung

Die baltischen Behörden sind sich bewusst, dass der Übergang zur Marktwirtschaft von einer teilweisen Entflechtung von der sowjetischen Wirtschaft begleitet sein muss. Diese ist nicht kurzfristig zu bewerkstelligen. Estland rechnet immerhin damit, seinen Handelsanteil mit der Sowjetunion von derzeit rund 90 Prozent innert fünf Jahren auf 50 Prozent senken zu können. Im Zuge dieses Prozesses müssen die Austauschverhältnisse bzw. Preise schrittweise an die Weltmarktbedingungen angenähert werden. Gelingt diese Anpassung, bietet die enge Verbindung mit der Wirtschaft der bisherigen Sowjetunion natürlich auch namhafte Chancen. Die Anpassung könnte umso eher gelingen, als mit der (teilweisen) aussenwirtschaftlichen Verselbständigung der in der UdSSR verbliebenen Republiken echte Verhandlungen über Handels-, Finanz- und Eigentumsfragen möglich werden dürften.

Ganz allgemein sind der relativ hohe Ausbildungsstand der Bevölkerung, die überschaubare Grösse der neuen Staaten, deren günstige geographische Lage (Brückenkopffunktion nach dem Osten) sowie hauptsächlich der Wille der Balten, sich den vielfältigen Herausforderungen zu stellen, gute Voraussetzungen für die zukünftige Entwicklung. Den Übergang zur Marktwirtschaft können diese Staaten indessen nur meistern, wenn sie von den westlichen Industriestaaten massiv unterstützt werden, wobei der Privatwirtschaft namentlich Westeuropas eine Schlüsselrolle zukommt (Know-how, Technologie, Kapital). Während es für die baltischen Staaten schon relativ bald möglich sein sollte, zu den mitteleuropäischen Ländern (Tschechoslowakei, Ungarn, Polen) aufzuschliessen, dürften bis zur Erreichung der vollen internationalen Wettbewerbsfähigkeit wohl noch Jahrzehnte vergehen.

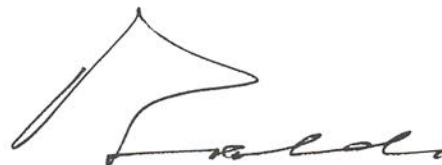
An Wirtschaftssektoren, die den baltischen Behörden für schweizerische Direktinvestitionen besonders geeignet scheinen, wurden genannt: Nahrungsmittelverarbeitung, pharmazeutische Industrie, Elektronik und Feinmechanik, Energie- und Umwelttechnik.

5. Mögliche schweizerische Hilfeleistungen

Die Vorstellungen der baltischen Behörden über mögliche Hilfen von aussen zeigen erst in Teilen konkrete Umrisse. Dies hängt wohl auch mit den im Aufbau befindlichen politischen und administrativen Strukturen zusammen. Als mögliche Gebiete für technische Zusammenarbeit mit der Schweiz wurden insbesondere der Währungs- und Bankenbereich, die Umwelttechnologie, die Ausbildung kaufmännischen Personals, die touristische Entwicklung sowie die wissenschaftliche und universitäre Zusammenarbeit genannt. Im Sinne eher eines Begehrens um humanitäre Hilfe nannte Estland die Lieferung von pharmazeutischen Produkten. Im einzelnen sei auf den separaten Bericht der BAWI-Delegation zu diesen Fragen verwiesen.

Alle drei baltischen Staaten sind sich der grundlegenden Bedeutung des Bankensektors beim wirtschaftlichen Aufbau durchaus bewusst. Sie sehen denn auch im Bankenbereich einen ersten Schwerpunkt der schweizerischen Unterstützung. Litauen hat hierüber die konkretesten Vorstellungen und uns bereits eine Wunschliste für Hilfeleistungen übergeben. Diese betrifft das Zentralbankwesen (einschliesslich Bankenaufsicht) wie auch das Geschäftsbankensystem. Estland und Lettland haben klar das Zentralbankwesen in den Vordergrund gerückt. Was den Geschäftsbankenbereich betrifft, sind in allen drei baltischen Staaten die Skandinavier bereits ziemlich aktiv (zuvorderst die Svenska Handelsbanken). Die Schweizerische Kreditanstalt war übrigens zur gleichen Zeit wie wir auf Erkundungsmission im Baltikum.

Zu erwähnen bleibt der Wunsch aller drei baltischen Staaten nach individueller, massgeschneiderter Hilfe im Bankenbereich - an eine enge monetäre Zusammenarbeit denkt man ohnehin nicht. Die von uns erwähnte Möglichkeit, die bevorstehende Jahrestagung der Bretton-Woods-Institutionen in Bangkok für schweizerisch-baltische Kontakte im vorliegenden Zusammenhang zu benutzen, wurde von unseren Gesprächspartnern mit Interesse zur Kenntnis genommen.



Marino Baldi

Kopie an: EDA, Politische Abteilung I
EDA, Finanz- und Wirtschaftsdienst
EDA, Direktion für Völkerrecht
Eidg. Finanzverwaltung
Eidg. Bankenkommission, Bern
Schweiz. Nationalbank, Zürich
Vorort des SHIV, Zürich
Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern
Schweiz. Bankiervereinigung, Basel
Schweiz. Botschaften in Stockholm, Helsinki, Kopenhagen, Moskau, Oslo,
Prag, Warschau
ari, jek, gir, imb, jag, zos, maz, rib, esh, bal, lem